

Jarass/Pieroth
Grundgesetz für die
Bundesrepublik Deutschland

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Kommentar

Bearbeitet von

Prof. Dr. Hans D. Jarass, LL.M.

Universität Münster

und

Prof. Dr. Martin Kment, LL.M.

Universität Augsburg

Bis zur 15. Auflage bearbeitet von
Prof. Dr. Hans D. Jarass, LL.M. und Prof. Dr. Bodo Pieroth

19. Auflage 2026



Zitervorschlag:
Jarass/Pieroth/Kment GG Art. 70 Rn. 3
Jarass/Pieroth/Jarass GG Art. 4 Rn. 11

beck.de

ISBN PRINT 978 3 406 84532 1

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 19. Auflage

Das Grundgesetz ist die anerkannte Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und enthält höchst bedeutsame Vorgaben, die in einer – zumal im internationalen Vergleich – bemerkenswerten Weise Rechtsordnung und Praxis in vielen Bereichen des öffentlichen sowie des privaten Rechts beeinflussen. Auslegung und Konkretisierung des Grundgesetzes stellen daher eine wichtige, aber schwierige Aufgabe dar, bei deren Bewältigung der vorliegende Kommentar helfen will. Er präsentiert in komprimierter Form die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der anderen obersten Bundesgerichte. Das Schrifttum wird nur begrenzt berücksichtigt; insoweit geht es vor allem darum, Kommentare und Handbücher zu erschließen. Im Übrigen sollen die vor jeder Vorschrift aufgeführten Literaturhinweise den Zugang eröffnen, auch wenn sie im Wesentlichen auf die Literatur seit 2010 beschränkt bleiben müssen (ältere Hinweise finden sich in den Voraufgaben).

Die Kommentierung folgt in der Regel der Linie der Rechtsprechung, was gelegentliche Kritik nicht ausschließt. Hauptsächliches Ziel ist es, das nicht selten unübersichtliche und manchmal widersprüchliche Rechtsprechungsmaterial in einsichtiger Weise zu gliedern und aufzubereiten. Noch mehr: Wissenschaft und Praxis befassen sich meist mit ausgewählten Problemen des Verfassungsrechts und entwickeln jeweils spezifische, vielfach divergierende Lösungen, selbst zu vergleichbaren Problemen. Die Folge ist eine drastische Zunahme der Komplexität des Verfassungsrechts. Hinzu kommt, dass die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts immer umfangreicher werden. Das birgt die Gefahr, dass die Rechtsanwender die Vorgaben nicht mehr verarbeiten können und sie unberücksichtigt lassen. Daher geht es in diesem Kommentar darum, auf die vielen Parallelprobleme im Grundgesetz einheitliche oder doch miteinander vereinbare Antworten zu geben sowie eine möglichst einheitliche und durchsichtige Dogmatik zugrunde zu legen. So wird bei vergleichbaren Regelungen eine gleichartige Gliederung gewählt, insb. bei Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.

Der Kommentar wendet sich zum einen an alle, die in der Praxis mit Problemen des Grundgesetzes zu tun haben. Des Weiteren soll er Studenten und Referendaren eine Hilfe sein. Dabei kommt durchweg ein schulmäßiger und fallorientierter Aufbau zum Einsatz, insb. bei Grundrechten, der sich nicht nur im Bereich der Ausbildung als hilfreich erweist. Darüber hinaus wurden die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts auch insoweit sorgfältig ausgewertet, als sie über den Verfassungstext weit hinausgehen. So finden sich in den Erläuterungen zu Art. 20 Ausführungen zur Auslegung von Gesetzen, zum Vorbehalt des Gesetzes, zum Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und zum Prozessrecht vor Zivil- und Strafgerichten. Behandelt werden schließlich die Zulässigkeit und Begründetheit verfassungsgerichtlicher Verfahren unter Einbeziehung des BVerfGG.

Die Neuauflage berücksichtigt zunächst die seit der Voraufgabe erfolgte Grundgesetzänderung vom 20.12.2024, die die Neufassung der Regelungen

Vorwort

für das Bundesverfassungsgericht in Art.93 und Art.94 betraf, und die Änderung vom 22.3.2025, in der es um Änderungen des Art.109 und Art.115 und um die neue Regelung des Art.143h zur Lockerung der Schuldenbremse ging. Weiter hat das Bundesverfassungsgericht seit der letzten Auflage wiederum wichtige Entscheidungen getroffen, etwa zur Schuldengrenze, zur Wahl in Berlin, zu Abiturzeugnisbemerkungen bei Behinderung, zur Wahlrechtsreform 2023, zum Ausschluss der staatlichen Parteienfinanzierung, zur Vaterschaftsanfechtung, zur Strategischen Inland-Ausland-Fernmeldeüberwachung, zur Wahlprüfung, zum Solidaritätszuschlag, zum Schutz gegen über Ramstein gesteuerte amerikanische Drohnenangriffe, zum kirchlichen Arbeitsrecht und zur Berliner Beamtenbesoldung. Diese und die anderen zwischenzeitlich ergangenen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts wie der anderen Bundesgerichte wurden eingearbeitet. Auch sonst erfuhr die Kommentierung wiederum eine weitreichende Überarbeitung, wurden Verbesserungen vorgenommen und Fehler beseitigt. Insb. wurden alle internen Verweise überprüft. Zudem wurden an einer Vielzahl von Stellen (vertretbare) Kürzungen vorgenommen, auch um die Ausweitungen an anderen Stellen zu kompensieren. Schließlich wurde immer wieder die Systematik der Darstellung verbessert. Die Änderungen betrafen insb. Art.1, Art.6, Art.9 Abs.3, Art.10, Art.12 Abs.1, Art.13, Art.16a, Art.20, Art.20a, Art.21, Art.38, Art.93, Art.94, Art.104, Art.109, Art.110 und Art.115; neu ist die Kommentierung des Art.143h. Rechtsprechung und Literatur befinden sich auf dem (veröffentlichten) Stand vom 15.12.2025.

Der verantwortliche Verfasser ist jeweils in der Fußzeile ausgewiesen. Anregungen, Kritik und Fehlerhinweise sind weiterhin sehr willkommen, sei es per E-Mail (jarass@uni-muenster.de und martin.kment@jura.uni-augsburg.de) oder auf dem Postweg (Prof. Dr. Hans D. Jarass, Forschung Öffentliches Recht, Baumhofstr. 37d, 44799 Bochum sowie Prof. Dr. Martin Kment, Universität Augsburg, Universitätsstr. 24, 86159 Augsburg). Wenn nur zwei Autoren das gesamte Grundgesetz kommentieren und zudem alle zwei Jahre eine Aktualisierung erfolgt, treten trotz aller Sorgfalt immer wieder Fehler auf, weshalb es äußerst hilfreich ist, wenn Leser uns auf Fehler hinweisen.

Besonderen Dank verdient Frau Elisabeth Becker, LL.M. vom Beck-Verlag für die wertvolle Unterstützung. Ihr Einsatz war wiederum angenehm und hilfreich.

Im Januar 2026

Hans D. Jarass

Hinweise für den Gebrauch

Die Kommentierung der einzelnen Artikel erfolgt nach systematischen Gesichtspunkten und nicht notwendig nach der Reihenfolge der einzelnen Absätze bzw. Sätze eines Artikels. Weiter wurden, um Raum zu sparen, mehrfach auftauchende Fragen jeweils nur einmal behandelt; Gleiches gilt für Rechtsprechungsnachweise. Die vollständige Kommentierung ergibt sich daher erst, wenn auch die Weiterverweisungen gelesen werden, die durch Pfeile hervorgehoben sind. Verweist ein → nur auf eine Rn., ist die Rn. in dem Artikel gemeint, in dem sich der Verweis befindet, wird dagegen auf → Art. verwiesen, geht es um eine Rn. in diesem Artikel. Hinweise auf andere Grundgesetz-Kommentare beziehen sich auf die Erläuterungen zum selben Artikel (ggf. zum gleichen Absatz) des Grundgesetzes, sofern kein anderer Artikel genannt ist. Die vollständigen Titel der abgekürzt zitierten Literatur finden sich, wenn die Angabe „o.Lit.“ folgt, in den Literaturangaben zu der betreffenden Vorschrift, im Übrigen im Abkürzungsverzeichnis. Folgen einem wörtlichen Zitat mehrere Fundstellen, findet sich das Zitat meist nur in der ersten Fundstelle; die anderen Fundstellen enthalten Belege in der Sache. Fett- oder Kursivsetzungen in Zitaten finden sich nicht notwendig im Original. Gerichtsentscheidungen werden, soweit sie nicht in einer amtlichen Sammlung zu finden sind, in wachsendem Umfang mit Aktenzeichen und Datum zitiert; Entscheidungen des BVerfG werden aus Raumgründen nur mit dem Kern des Aktenzeichens zitiert.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung: Überschrift, Entstehung, Änderungen und Auslegung des GG	1
Präambel	11

I. Die Grundrechte

Vorbemerkungen vor Art.1: Allgemeine Grundrechtslehren	15
Art.1 Würde des Menschen, Grundrechtsverpflichtete	37
Art.2 Handlungsfreiheit, Persönlichkeitsrecht, Leben und körperl. Unversehrtheit, Freiheit der Person	62
Art.3 Gleichheit	113
Art.4 Glaubensfreiheit, Gewissensfreiheit, Kriegsdienst	169
Art.5 Kommunikationsfreiheiten sowie Kunst- und Wissen- schaftsfreiheit	191
Art.6 Ehe und Familie	252
Art.7 Schulwesen	286
Art.8 Versammlungsfreiheit	301
Art.9 Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit	312
Art.10 Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis	332
Art.11 Freizügigkeit	344
Art.12 Berufsfreiheit	350
Art.12a Wehrdienst, Ersatzdienst u. a.	390
Art.13 Unverletzlichkeit der Wohnung	395
Art.14 Eigentumsgarantie und Erbrecht	411
Art.15 Überführung in Gemeinwirtschaft	450
Art.16 Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung	452
Art.16a Asylrecht wegen politischer Verfolgung	462
Art.17 Petitionsrecht	473
Art.17a Grundrechtseinschränkung zu Verteidigungszwecken	476
Art.18 Verwirkung von Grundrechten	478
Art.19 Grundrechtseinschränkung; Grundrechtsträger; Rechtsschutz	481

II. Der Bund und die Länder

Art.20 Verfassungsrechtliche Grundprinzipien; Widerstand	514
Art.20a Schutz natürlicher Lebensgrundlagen und Tierschutz	575
Art.21 Politische Parteien	584
Art.22 Hauptstadt und Bundesflagge	605
Art.23 Europäische Union	607

Inhaltsverzeichnis

Art.24	Beitritt zu internationalen Einrichtungen	631
Art.25	Allgemeines Völkerrecht als Teil des Bundesrechts	640
Art.26	Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker	648
Art.27	Handelsflotte	652
Art.28	Landesverfassung und kommunale Selbstverwaltung	653
Art.29	Neugliederung des Bundesgebiets	670
Art.30	Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	675
Art.31	Vorrang des Bundesrechts vor Landesrecht	679
Art.32	Bundes- und Landeskompetenzen bei auswärtigen Beziehungen	682
Art.33	Gleiche (staats)bürgerliche Rechte, Öffentlicher Dienst	689
Art.34	Haftung bei Amtspflichtverletzung	719
Art.35	Rechts- und Amtshilfe sowie andere Unterstützung	730
Art.36	Personal der Bundesverwaltung	735
Art.37	Bundeszwang	736

III. Der Bundestag

Art.38	Bedeutung, Wahlrecht, Abgeordnetenstatus	739
Art.39	Wahlperiode und Einberufung der Sitzungen	762
Art.40	Bundestagspräsident und Geschäftsordnung	764
Art.41	Wahlprüfung und Mandatsprüfung	768
Art.42	Öffentlichkeit, Mehrheit, Berichterstattung	773
Art.43	Zitierrecht sowie Zutritts- und Rederecht	775
Art.44	Untersuchungsausschüsse	778
Art.45	EU-Ausschuss	784
Art.45a	Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und für Verteidigung	785
Art.45b	Wehrbeauftragter	786
Art.45c	Petitionsausschuss	786
Art.45d	Parlamentarisches Kontrollgremium	787
Art.46	Indemnität und Immunität	789
Art.47	Zeugnisverweigerungsrecht und Beschlagnahmeverbot	792
Art.48	Urlaubsanspruch, Behinderungsverbot, Entschädigungs- und Beförderungsanspruch	794
Art.49	[aufgehoben]	797

IV. Der Bundesrat

Art.50	Bedeutung und Aufgaben	798
Art.51	Mitgliedschaft und Stimmrecht	799
Art.52	Organisation, Europakammer, Verfahren	801
Art.53	Teilnahmerecht, Rederecht, Informationspflicht	803

Inhaltsverzeichnis

IV a. Gemeinsamer Ausschuß

Art.53a	Organisation und Information	805
---------	------------------------------------	-----

V. Der Bundespräsident

Art.54	Bedeutung und Wahl, Bundesversammlung	807
Art.55	Inkompatibilitäten	810
Art.56	Amtseid	811
Art.57	Stellvertretung	811
Art.58	Gegenzeichnung	812
Art.59	Völkerrechtliche Vertretung des Bundes	814
Art.59a	[aufgehoben]	823
Art.60	Ernennungs- und Begnadigungsrecht; Immunität	823
Art.61	Anklage vor dem Bundesverfassungsgericht	825

VI. Die Bundesregierung

Art.62	Bedeutung, Zusammensetzung, Entscheidungsverfahren	827
Art.63	Wahl und Ernennung des Bundeskanzlers	829
Art.64	Ernennung und Entlassung der Bundesminister	831
Art.65	Kanzler-, Ressort- und Kollegialprinzip	832
Art.65a	Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte	835
Art.66	Inkompatibilitäten	836
Art.67	Misstrauensvotum	837
Art.68	Vertrauensfrage und Bundestagsauflösung	838
Art.69	Stellvertreter des Bundeskanzlers, Amtszeiten	839

VII. Die Gesetzgebung des Bundes

Art.70	Gesetzgebungskompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	842
Art.71	Ausschließliche Bundesgesetzgebung	851
Art.72	Konkurrierende Bundesgesetzgebung	853
Art.73	Gegenstände ausschließlicher Bundesgesetzgebung	865
Art.74	Gegenstände konkurrierender Bundesgesetzgebung	879
Art.74a	[aufgehoben]	909
Art.75	[aufgehoben]	909
Art.76	Einbringung von Gesetzesvorlagen	909
Art.77	Gesetzgebungsverfahren	914
Art.78	Zustandekommen der Gesetze	921
Art.79	Änderung des Grundgesetzes	921
Art.80	Erllass von Rechtsverordnungen	928
Art.80a	Spannungsfall u.ä.	940
Art.81	Gesetzgebungsnotstand	942

Inhaltsverzeichnis

Art.82	Ausfertigung, Gegenzeichnung, Verkündung und Inkrafttreten von Bundesrecht	945
--------	--	-----

VIII. Die Ausführung der Bundesgesetze und die Bundesverwaltung

Art.83	Verwaltungskompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	950
Art.84	Landeseigenverwaltung	954
Art.85	Auftragsverwaltung	963
Art.86	Bundesverwaltung	966
Art.87	Gegenstände der Bundesverwaltung	969
Art.87a	Streitkräfte	975
Art.87b	Bundeswehrverwaltung	982
Art.87c	Kernenergieverwaltung	985
Art.87d	Luftverkehrsverwaltung	985
Art.87e	Eisenbahnverkehrsverwaltung	987
Art.87f	Post- und Telekommunikationsverwaltung	991
Art.88	Bundesbank	994
Art.89	Bundeswasserstraßenverwaltung	995
Art.90	Bundesstraßenverwaltung	998
Art.91	Innerer Notstand	1001

VIII a. Gemeinschaftsaufgaben, Verwaltungszusammenarbeit

Art.91a	Gemeinschaftsaufgaben	1004
Art.91b	Zusammenwirken durch Vereinbarungen	1006
Art.91c	Zusammenwirken bei informationstechnischen Systemen	1008
Art.91d	Zusammenwirken bei Leistungsvergleichen	1011
Art.91e	Zusammenwirken bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende	1012

IX. Die Rechtsprechung

Art.92	Gerichtsorganisation	1015
Art.93	Bundesverfassungsgericht: Grundlagen	1019
Art.94	Kompetenzen des Bundesverfassungsgerichts	1023
Art.95	Oberste Gerichtshöfe des Bundes	1071
Art.96	Bundesgerichte	1073
Art.97	Unabhängigkeit der Richter	1075
Art.98	Rechtsstellung der Richter	1080
Art.99	Landesstreitigkeiten vor Bundesverfassungsgericht und obersten Gerichtshöfen des Bundes	1082

Inhaltsverzeichnis

Art.100	Einholung verfassungsgerichtlicher Entscheidungen durch Gerichte	1084
Art.101	Recht auf den gesetzlichen Richter	1096
Art.102	Unzulässigkeit der Todesstrafe	1105
Art.103	Rechtliches Gehör; Gesetzlichkeit der Strafe; Doppelbestrafungsverbot	1105
Art.104	Formelle Voraussetzungen bei Freiheitsbeschränkungen	1137

X. Das Finanzwesen

Art.104a	Ausgaben- und Finanzhilfekompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	1149
Art.104b	Finanzhilfekompetenz des Bundes	1157
Art.104c	Finanzhilfekompetenz des Bundes für Gemeinden	1161
Art.104d	Finanzhilfekompetenz des Bundes für den sozialen Wohnungsbau	1163
Art.105	Steuergesetzgebungskompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	1164
Art.106	Steuerertragsaufteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden	1177
Art.106a	Personenverkehrsenausgleich	1188
Art.106b	Kraftfahrzeugsteuerausgleich	1188
Art.107	Horizontale Steuerertragsaufteilung und Finanzausgleich ...	1189
Art.108	Finanzverwaltung	1194
Art.109	Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern	1200
Art.109a	Stabilitätsrat	1211
Art.110	Haushaltsplan und Haushaltsgesetz des Bundes	1214
Art.111	Nothaushaltsführung des Bundes	1221
Art.112	Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Bundes	1223
Art.113	Finanzwirksame Bundesgesetze	1225
Art.114	Rechnungsprüfung und Bundesrechnungshof	1227
Art.115	Kreditaufnahme des Bundes	1230

X a. Verteidigungsfall

Art.115a	Feststellung des Verteidigungsfalls	1238
Art.115b	Befehls- und Kommandogewalt über Streitkräfte	1241
Art.115c	Erweiterte Bundesgesetzgebungskompetenz	1241
Art.115d	Vereinfachtes Bundesgesetzgebungsverfahren	1243
Art.115e	Aufgaben des Gemeinsamen Ausschusses	1244
Art.115f	Erweiterte Befugnisse der Bundesregierung	1246
Art.115g	Stellung des Bundesverfassungsgerichts	1247
Art.115h	Wahlperioden und Amtszeiten	1247
Art.115i	Erweiterte Befugnisse der Landesregierungen	1248
Art.115k	Wirkung und Geltungsdauer des Notstandsrechts	1249

Inhaltsverzeichnis

Art.115l	Aufhebung von Maßnahmen, Beendigung des Verteidigungsfalls	1251
----------	--	------

XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen

Art.116	Begriff des Deutschen; nationalsozialistische Ausbürgerung	1253
Art.117	Übergangsregelung zu Art. 3 Abs. 2 und Art. 11	1259
Art.118	Neugliederung im Südwesten	1260
Art.118a	Neugliederung Berlin/Brandenburg	1260
Art.119	Flüchtlinge und Vertriebene	1261
Art.120	Kriegsfolge- und Sozialversicherungslasten u.a.	1261
Art.120a	Durchführung des Lastenausgleichs	1265
Art.121	Mehrheit des Bundestags und der Bundesversammlung	1266
Art.122	Überleitung der Gesetzgebung	1267
Art.123	Fortgeltung vorkonstitutionellen Rechts	1268
Art.124	Fortgelten vorkonstitutionellen Rechts: Ausschließliche Gesetzgebung	1272
Art.125	Fortgelten vorkonstitutionellen Rechts: Konkurrierende Gesetzgebung	1273
Art.125a	Fortgelten von Recht nach Kompetenzverschiebung	1274
Art.125b	Übergangsregelung zu Rahmen-,Verfahrens- und Grundsteuerrecht	1279
Art.125c	Übergangsregelung zu Hochschulbau und Finanzhilfen	1282
Art.126	Streit über Fortgeltung als Bundesrecht	1284
Art.127	Recht des Vereinigten Wirtschaftsgebiets	1285
Art.128	Fortbestehen von Weisungsrechten	1285
Art.129	Fortgelten von Ermächtigungen	1286
Art.130	Überleitung von Verwaltungs- und Rechtsprechungseinrichtungen	1289
Art.131	Frühere Angehörige des Öffentlichen Dienstes	1290
Art.132	Ausschluss aus dem Öffentlichen Dienst	1291
Art.133	Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets	1292
Art.134	Überleitung des Reichsvermögens	1292
Art.135	Vermögensnachfolge bei Gebietsänderungen	1295
Art.135a	Alte Verbindlichkeiten	1297
Art.136	Übergangsregelungen für Bundesrat und Bundespräsident	1299
Art.137	Wählbarkeit von Angehörigen des Öffentlichen Dienstes	1299
Art.138	Süddeutsches Notariat	1302
Art.139	Entnazifizierungsvorschriften	1303
Art.140	Übernahme von Glaubensbestimmungen der Weimarer Reichsverfassung	1303
Art.140/ Art.136		
WRV	Individuelle Glaubensfreiheit und -gleichheit	1304

Inhaltsverzeichnis

Art.140/ Art.137 WRV	Religions- sowie Weltanschauungsgemeinschaften	1307
Art.140/ Art.138 WRV	Staatsleistungen und Eigentum der Religionsgesell- schaften	1319
Art.140/ Art.139 WRV	Sonn- und Feiertagsruhe	1321
Art.140/ Art.141 WRV	Anstaltsseelsorge	1322
Art.141	Vorbehalt für Religionsunterricht	1323
Art.142	Landesgrundrechte	1324
Art.142a	[aufgehoben]	
Art.143	Abweichungen in neuen Bundesländern und Ost-Berlin ...	1326
Art.143a	Übergangsrecht für Bundeseisenbahnen	1329
Art.143b	Übergangsrecht im Postbereich	1331
Art.143c	Übergangsrecht für Bundesfinanzzmittel	1333
Art.143d	Neues Haushaltsrecht sowie Konsolidierungs- und Sanierungshilfen	1335
Art.143e	Übergangsrecht zu Bundesfernstraßen	1338
Art.143f	Außerkräftreten von Regelungen zu bundesstaatlichen Finanzbeziehungen	1340
Art.143g	Übergangsrecht zu Steuerertragsaufteilung und Finanz- ausgleich	1341
Art.143h	Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität	1341
Art.144	Annahme des Grundgesetzes;Vorbehalte der Alliierten	1343
Art.145	Verkündung und Inkrafttreten des Grundgesetzes	1344
Art.146	Geltung und Geltungsdauer des Grundgesetzes	1345
Sachverzeichnis		1349

